

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michau.

27. Jahrgang, Wien, Montag, den 28. November 1921.

Siebenhundert Streffälle bei der Automobilsteuer. Wie bereits berichtet hat der Magistrat in den letzten Wochen an allen Verkehrsreichen Stellen der Stadt, bei den Vergnügungslokalen und den Standplätzen des Lohnfuhrwerkes die nicht mit dem Steuerzeichen der Gemeinde Wien versehenen Automobile festgestellt. Es sind mehr als siebenhundert Fälle zur Anzeige gekommen, die auch den Gegenstand von Strafantwahnungen bildeten, wobei Geldbußen bis zur Höhe von 200.000 K verhängt worden sind. Eine beträchtliche Anzahl von Automobilbesitzern hat nun wohl die Steuer entrichtet, verkennt es aber noch immer das Zeichen zu beheben und vorschriftsmässig am Wagen anzubringen. Es wird neuerlich darauf aufmerksam gemacht, dass alle diese Personen sich eines Verstoßes gegen das Gesetz schuldig machen und trotz geleisteter Zahlung einer Strafe gewärtig sein müssen. Es liegt daher im eigenen Interesse der Automobilbesitzer, daß sie das Abgabezeichen unverzüglich beheben.

Aus dem Rathaus. Die für Mittwoch den 30. d. M. anberaumt gewesene Sitzung des Landtages Wien wurde auf Freitag, den 2. Dezember, 5 Uhr nachmittags verschoben. - Der Stadtsenat hält in dieser Woche am Donnerstag vormittags eine Sitzung ab.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 28. November 1921.

Egm. Reumann eröffnet die Sitzung.

Gespundet haben: Stefan Blau, Lapaz, Südamerika für die armen Kinder Wiens 108.163 K.

Rudolf Russ, Chicago, im Namen des Deutschamerikanischen Unterstützungsvereines „Von Hindenburg“ für die hungernden Kinder Wiens 20.000 K.

Die „Neue Freie Presse“ für die hungernden Kinder eine Sammelspende von 6.300 K.

Fanny Böhm, Salswale, Amerika, durch die Neue Freie Presse für arme hilfsbedürftige Kinder Wiens 2000 K.

Ferdinand Rattich, Wien, XX., anlässlich des Staatsfeiertages für eine Doppelwaise des 6. städtischen Waisenhauses 500 K.

Anlässlich ihrer Ziviltrauung spendete für die Armen Wiens: Dr. Alfred Spitz, 3000 K; Josef Kraft 2000 K; Siegfried Kleiner 500 K; Arthur Feldmann 300 K; und zugunsten der Wiener Freiwilligen Rettungsgesellschaft 300 K.

Firma I. Grimminger in Schwäbisch Gmünd, zur Speisung armer Schulkinder 400 K.

Firma Swift & Co. Wien, I., 3 Kisten Corned Beef, 2 Kisten Kondensmilch und 50 kg Schmalz zur Verteilung an Pfründner.

Heinrich Weiser, Wien, XIII., für arme Kinder des XIII. Bezirkes ein Ballen Kattunstoff.

Der Bürgermeister teilt weiters mit, dass Frau Gemeinderat Josefina Kurzbaumer (chr. soz.) einen Antrag wegen Gewährung von Geldbeihilfen an mittellose Personen zum Bezuge von Milch für Säuglinge und Kranke gestellt hat, daß er diesen Antrag dem amtsführenden Stadtrat der Gruppe III zur weiteren Behandlung zugewiesen habe.

Weiter teilt der Bürgermeister mit, daß er den von GR. Schmutzer (chr. soz.) eingebrachten Antrag in Angelegenheit der Milchkarten für Personen über 70 Jahre dem Magistrat zur Berichterstattung zugewiesen habe.

Zur Tagesordnung teilt der Bürgermeister mit, daß zu den Postnummern 4, 13, 16, 17, 20, 22, 27, 28, 32, 33, 39, 47, 51 und 54 Wortmeldungen vorliegen, alle übrigen Postnummern aber da zu diesen keine Wortmeldungen erfolgten, als angenommen gelten.

GR. Speiser (Soz. Dem.) berichtet über die Erhöhung der Teuerungszulagen und Weihnachtsremunerationen der Bediensteten und Arbeiter der städtischen Strassenbahnen und der Kraftstellwagenunternehmung. Auf Grund der Verhandlungen wird das reine Einkommen der Bediensteten von etwa 4.200 auf 7.200 Kronen wöchentlich steigen. Dem gegenüber wurden der Gemeinde einige Begünstigungen eingebracht, die vom Standpunkt einer guten Betriebsführung von Bedeutung sind. Die gesamte Mehrbelastung wird 1.730 Millionen betragen. In dieser Ziffer ist die Weihnachtsremuneration im Betrage von 81 Millionen enthalten.

VB. Emmerling berichtet hierauf über den Antrag wegen Fahrpreiserhöhungen auf den Linien der städtischen Strassenbahnen. Der Referent verweist auf die gewaltige Steigerung der Personalkosten, sowie der Materialmehrkosten und sonstigen höheren Auslagen und erklärt, daß die Gesamtmehrlasten 6½ Milliarden Kronen betragen. Da bei einem Tarif von 16 K für den Fahrschein eine Gesamteinnahme von 6½ Milliarden Kronen resultiert, müssen die Mehrausgaben von 6½ Milliarden eben durch eine Verdoppelung der Fahrpreise heringebracht werden. Im Gemeinderatsausschuss für Unternehmungen wurde über den von oppositioneller Seite gestellten Antrag auf Staffelung der Fahrpreise gründlich beraten. Man gelangte jedoch zu der Ueberzeugung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Einführung eines Strecken- und Zonentarifes unmöglich sei und man an dem Einheitstarif festhalten müsse. Angesichts der Verdoppelung der Fahrpreise müsse die Strassenbahn mit einem Frequenzrückgang rechnen, weil ja die Erhöhung diesmal besonders tief in das Wirtschaftsleben eingreift. Wenn auch erfahrungsgemäss dieser Ausfall nach einer gewissen Zeit wieder ausgeglichen werden dürfte, muß man doch die Berechnung darauf einstellen. Man mag über die Methode wie wir den Fahrpreis bemessen, verschiedener Meinung sein, aber die Tatsache, daß wir bei der bisherigen Führung der Strassenbahn keine finanzielle Belastung hatten und nicht zur Aufnahme von Anleihen schreiten oder Wechselkredite in Anspruch nehmen mussten, hat den Beweis erbracht, dass die Methode des raschen Ueberwälzens von Mehrausgaben auf die Führung des ganzen Betriebes unstreitig die beste ist. Der Referent verweist sodann auf die Fahrpreiserhöhungen in Graz, wo allerdings eine Staffelung von 25 und 35 K bestehe; erwägt man aber, daß bei uns der Einheitstarif für sehr lange Strecken ebenso gilt wie für kurze und daß nach dem Grazer Muster beispielsweise eine Fahrt bis Favoriten 25 K, darüber hinaus jedoch 35 K betragen würde, so ist unserem System unstreitig der Vorzug einzuräumen. In Berlin hat die Strassenbahn einen Fehlbetrag von 90.5 Millionen Mark, was auf den Kronenkurs umgerechnet, eine erschreckend hohe Ziffer ergeben würde und dort beschäftigt man sich schon mit dem Plane, Tarife von 1.50 Mark und 2 Mark einzuführen, das nach unserem Gelde ebenfalls ein höherer Fahrpreis ist, wobei in Berlin bezüglich des Umsteigeverkehrs grössere Beschränkungen sind als bei der Wiener Strassenbahn.

Ich will nur noch als Begründung für die Tarifierhöhungen außer den Löhnen noch einige Zahlen aus den Betriebserfordernissen der Straßenbahnen Ihnen vor Augen führen. Die Schienenpreise, die bis zum Jahre 1915 20 K per 100 kg kosteten, stiegen im Jahre 1920 auf 242 K, im Oktober 1921 auf 3450 K und kosten heute 9900 K. Die Radreifen kosteten seinerzeit 39 K per Stück, heute nahezu 20.000 K. Stabeisen ist von 21.50 K per 100 kg auf 13.000 K gestiegen. Die Preissteigerungen der Textilien für Bekleidung der Angestellten dergleichen. Dabei sind noch immer neuerliche Steigerungen zu erwarten. Ich habe nun versucht, Ihnen klarzulegen, warum wir Wert darauf legen, einen Einheitstarif zu haben und warum wir auf die beantragte Höhe gehen mußten.

Gemeinderat Holubek (Christl-Soz.): Die Begründung, daß die Straßenbahner für die Tarifierhöhungen gewissermaßen durch ihre Lohnforderungen Schuld seien, bringt jedesmal eine ganz eigenartige Stimmung des Publikums gegen das Personal der Straßenbahn mit sich, die sich oft bis zu lauten Beschimpfungen durch das die Fahrgäste steigert. Tatsächlich partizipieren aber die Angestellten nur zu einem geringen Teile an diesen Erhöhungen, denn während die Tarife um 100 % erhöht werden, erfahren die Bezüge der Straßenbahner als solche, kaum eine 25 %ige Erhöhung, weil diese nicht von den Gesamtbezügen als solche, sondern nur von der Teuerungszulage in Anrechnung kommen. Außerdem wird wieder das alte System angewendet, das was man den Bediensteten mit der einen Hand gibt, mit der anderen zu nehmen. So wollte die Direktion bei dieser Gelegenheit die Einziehung aller Dienstkarten und der Erkennungskarten, welche die Familienmitglieder der Bediensteten haben, durchsetzen. Auch bei einzelnen Bestimmungen über die Beistellung der Dienstkleider wurden einschränkende Maßnahmen versucht.

Bei dieser Erhöhung der Tarife wäre es möglich gewesen die Bedingungen des Personals, so wie sie gestellt wurden, restlos zu erfüllen. Redner bespricht sodann das Pensionistenelend und stellt den Antrag, daß den Angestellten im Ruhestande eine Remuneration von 10.000 K, den Witwen eine solche von 6000 K und den Vollwaisen eine solche von 3000 K zu bewähren sei, Unbeschadet der sonstigen Zulagen. Mit Rücksicht darauf, daß bis zum 22. Dezember die Teuerung sicherlich sich noch verschärfen werde, stellt er schliesslich den Antrag die Weihnachtzulage nicht erst am 22. sondern am 1. Dezember zur Auszahlung zu bringen.

G.R. Vaugoin (Chr-Soz.) beschäftigt sich zunächst mit dem Kollektivvertrage, wobei er dagegen Verwahrung einlegt, daß auch diesmal die Minoritätsgewerkschaften den Beratungen nicht beigezogen worden seien. Zur Vorlage betreffend die Fahrpreiserhöhung erklärt Redner, daß die dem Gemeinderat bekanntgegebenen Berechnungsgrundlagen unklar und dürftig seien und daß aus den vorgelegten Ziffern nicht einmal eine approximative Genauigkeit zu erkennen sei. Vor allem fehlt eine annähernd genaue Ziffer über die Durchschnittsfrequenz, die Vorlage spreche nur ganz allgemein von 480 Millionen Fahrgästen, welche Ziffer auf Grund der Erfahrungen von 2 Septemberwochen errechnet worden ist. Der durch die Tarifierhöhung angenommene Frequenzrückgang wurde im Ausschusse diesmal mit 5 % angegeben. Wir haben heute seit die Majorität herrscht, die neunte Tarifierhöhung, in diesem Jahr allein ist es die fünfte. Und bei jeder dergleichen Preissteigerung wurde von einem Abfall

gesprochen. Wenn dies wirklich zuträfe, müste die Straßengbahn schon ein Minus an Fahrgästen haben. Tatsache sei aber, daß allemal der errechnete Frequenzrückgang nur ganz vorübergehend eingetreten ist. In der christlichsozialen Ära wurden innerhalb fünfzehn Jahren nur fünf Tarifierhöhungen vorgenommen. Das Festhalten an dem Einheitstarif, bezeichnet Redner, als verfehlt. Was würde man zu einem Eisenbahnminister sagen, der für die Strecke von Wien nach Kitzbühel denselben Fahrpreis festsetzt, wie von Wien nach Rekawinkel. Man würde den Mann ins Irrenhaus schicken. Die Straßenbahn von Meidling nach Mödling werde jetzt 70 K kosten, während die Südbahn auf derselben Strecke nur ein Fahrgeld von 24 K einhebt. Der Majorität sei es bequemer linear die Fahrpreise zu erhöhen und deshalb habe sie auch den vom Redner genau ausgearbeiteten Entwurf eines Zonentarifs verworfen. Hätte sie sich ernstlich damit beschäftigt und ernstlich seine Einführung erwogen, dann wäre man schon zu einem Resultat gekommen. Denn nach diesem Vorschlage wurde ein Tarif für alle Entfernungen und einer für zwei Teilstrecken in Aussicht genommen. Die Karte für zwei Zonen sollte 20 K, die Hauptkarte 30 K kosten. Bei Errechnung der Gesamteinnahmen nach dem Zonensystem wäre sogar eine höhere Mehreinnahme zu verzeichnen, als die Vorlage nach dem Einheitstarif herausbekommt. Er stellt den Antrag, daß an Werktagen eigene Fahrscheine für zwei Teilstrecken zu 20 K ausgegeben werden.

Redner möchte bitten, daß die geschmacklose Inserierung auf den Dächern und im Inneren der Waggons eingedämmt werde, wenn es sich nicht um entsprechend hohe Summen handle. Es wäre kein Wort über die hohen Tarife zu reden, wenn die ganze Einnahme tatsächlich für die Angestellten verwendet würden. Aber nur ein geringer Teil werde für die Löhne angewendet. Redner ersucht daher um Annahme seines Antrages.

G.R. Untermüller (chr. soz.) bemängelt, daß auch diesmal die Anträge kein Wort darüber enthalten, auf welche Unterlagen sich die vorgeschlagenen Tarifierhöhungen begründen. Man habe bisher noch nicht gehört, wie die finanziellen Erfolge der früher vorgenommenen Tarifierhöhungen gewesen seien. Diesmal sei es sogar vorgekommen, daß die Vorlage früher den Gemeinderäten zugestellt wurde, als sie die Ausschüsse passiert hatte. Dadurch werden die Beratungen in den Ausschüssen zur Farce. Man könne zur Meinung kommen, dass über kurz oder lang überhaupt nicht der Gemeinderat zu diesen Dingen Stellung nehmen werde, sondern daß nur mehr die Wiener Konferenz darüber entscheidet.

Lehrerhausverein. Erholungsbedürftige Lehrerkinder im Alter von 6 bis 16 Jahren nach Holland. - Erholungsbedürftige auf Krankheitsurlaub befindliche Lehrerinnen nach Holland. Nur einige Plätze! - Erholungsbedürftige Lehrerstöchter im Alter von 16 bis 22 Jahren nach Neulengbach (holl. Heim), achtwöchige Verpflegung sehr billig. Sämtliche Anmeldungen bis spätestens 3. Dezember in der Lehrerhauskanzlei.

Wir sind der Meinung, daß die Gemeinde mit den Tarifierhöhungen immer ein sehr gutes Geschäft macht, indem sie die Tarife unter dem Vorwande für kommende Steigerungen vorzusorgen, weit über das notwendige Ausmaß hinaus erhöht. Wahrscheinlich aus diesem Grunde können wir auch nie erfahren, welchen finanziellen Effekt die früheren Erhöhungen mit sich brachten, diese Ziffern sind ein streng gehütetes Geheimnis und es ist daher begreiflich, daß wir allein derartigen Erhöhungen nur mit dem größten Mißtrauen gegenüberstehen können. Bei den Betrieben mißbrauchen sie rücksichtslos ihre Monopolstellung und es wird sich wohl niemand in dieser Stadt finden, der ihre Tarifpolitik sozial nennen könnte.

G.R. Rotter (Chr. Soz.) vergleicht die Eisenbahn- mit den Straßenbahntarifen und weist nach, daß letztere unverhältnismäßig höher seien, was besonders auf die Strecke Mauer-Mödling zutage trete. Des Weiteren bespricht er die Erhöhung der Lichtpreise, durch welche wieder der Wiener Bevölkerung nicht Millionen, sondern Milliarden herausgepreßt werden und daß hiedurch natürlich vor allem dem Mittelstand bald jede Möglichkeit genommen werden wird, Gas und elektrisches Licht benützen zu können. Der Redner verwahrt sich auch im Namen der Gewerbetreibenden dagegen, daß die Rathhäusler systematisch eine Gewerbegruppe nach der anderen von städtischen Arbeitern ausschließen oder ihnen auf andere Art Schutzkonkurrenz bereiten.

G.R. Haider (Chr. Soz.) führt darüber Beschwerde, daß über eine so wichtige, die ganze Bevölkerung betreffende Frage, die Entscheidung vor der Konferenz der sozialdemokratischen Vertrauensmänner Wiens gefallen sei. Weiters erhebt er im Namen der Gewerkschaft der christlichen Eisenbahner Protest dagegen, daß man auch diesmal wieder es versäumt hat, die Minderheit den Beratungen beizuziehen. Wenn auch der Vorlage eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden könne, sei es doch unmöglich eine so exorbitante Erhöhung der Tarife zu begründen. Sodann erhebt Redner die Forderungen nach dem Zonentarife und richtet an den Referenten und den Bürgermeister die Bitte, sich dem Studium dieser Frage einmal hinzugeben. Ferner zitiert Redner unter anderem eine Rede des jetzigen Bürgermeisters anlässlich einer Tarifierhöhung im Jahre 1910.

G.R. Skaret (Soz. Dem.): Damals hatte die Straßenbahn 18 Millionen Goldkronen Ueberschuß und trotzdem hat man die Tarife erhöht, das war Mutwille.

G.R. Haider: Der jetzige Bürgermeister Reumann hat damals ausgeführt, daß man erhöhte Einnahmen bei der Straßenbahn durch andere Maßnahmen erzielen müsse, als durch Tarifierhöhungen. Das war allerdings damals. - Der Redner stellt schließlich den Antrag, die Schaffner, Fahrer, Chauffeurs, Heizer, und Lokomotivführer bezüglich der Verteilung ihrer Teuerungszulagen und Weihnachtsremunerationen in eine höhere Gruppe der Bediensteten einzureihen.

G.R. Machet (Tscheche) bezeichnet die Erhöhung der Straßenbahntarife als unpopuläre Maßregel, die hauptsächlich die Arbeiterschaft schwer treffe. Wenn die Regierung für jede Lokal-

bahn in den Alpenländern grosse Summen beisteuern kann, wäre es auch ihre Pflicht das Defizit der Wiener Straßenbahn aus Staatsmitteln zu decken, damit der Arbeiterbevölkerung, die ohnehin mit Staatssteuern überlastet ist, keine neuen Lasten aufgebürdet werden müßten. Man könnte auch die Automobilsteuern erhöhen und die Fürsorgeabgabe und einen Teil des Mehrertrages zur Deckung des Straßenbahndefizits verwenden. Redner tritt für die Einführung billiger Wochen- und Monatskarten für die Arbeiter ein und beschuldigt die Straßenbahndirektion, daß sie Gesuche von Eltern tschechischer Schulkinder um Schülerlegitimationen absichtlich verschleppe, lediglich aus nationalem Hass. Dann bringt er eine Reihe Beschwerden vor, dahin gehend, daß tschechische Arbeiter in Wohnungsangelegenheiten bei den Aemtern kein Gehör finden, weil dort, wie er sagt, von den Sozialdemokraten eine Protektionswirtschaft eingeführt ist. Diese Zustände seien mit ein Grund dafür, daß die Tschechen für die Verlage nicht stimmen können.

G.R. Erntner (Deutschnational) vermischt in dem Antrage eine Berücksichtigung der Pensionisten. Die Teuerungswelle, von der jetzt soviel gesprochen werde, sei zum größten Teile auf den Zwischenhandel mit den Lebensmitteln zurückzuführen. Es wäre zu wünschen, daß Bürgermeister Reumann, so wie der Bürgermeister von Berlin, mit entsprechender Energie dagegen auftrete. Anträge zu stellen unterlasse Redner, weil sie ja immer von der Majorität abgelehnt werden, erkläre aber namens seiner Partei, daß diese für die Erhöhung der Bezüge stimmen werde, daß sie hoffe, man werde auch für die Pensionisten etwas tun, aber für die Erhöhung der Tarife in dem vorgeschlagenen Ausmaße könne sie nicht stimmen.

G.R. Weigl (Soz. Dem.): Die verkehrliche Gegenseite hat uns zu diesem Punkte 4 Redner beschert. Das ist nicht immer gut, denn es ergibt sich manchmal, wie es heute geschehen ist, daß die Herren sich gegenseitig widersprechen. Ein Teil der Reiner, der Arbeiterpolitik macht, hat gefunden, daß die Straßenbahner auf Grund der letzten Lohnerhöhungen zuwenig bekommen. Und der andere Teil, der aus sich heraus geht, hat durchläuchten lassen, daß diese Proletarierentlohnung eine solche ist, daß man sie mit einem Schieber vergleichen kann (Widerspruch bei der Minorität) ja, der Herr Kollege Rotter hat erklärt, daß die Preise auf der Straßenbahn jetzt nur mehr Schieber und ein Teil der Proletarier werden bezahlen können. Das ist bezeichnend dafür, wie ein Teil der christlichsozialen Partei über die Arbeiterschaft denkt und es ist recht possierlich dagegen zu vergleichen, wie ein anderer Teil der christlichsozialen Redner findet, daß es zu wenig ist, was den Straßenbahnern gegeben wird.

G.R. Rotter: Das ist ein Dreh!

G.R. Weigl: Es mag Ihnen sehr unangenehm sein, aber es ist Ihnen passiert.

G.R. Forstner (Soz. Dem.): Zuerst sagen Sie, wir geben keine Antwort, jetzt kriegen Sie eine und es ist Ihnen wieder nicht recht. (Heiterkeit)

G.R. Weigl: Kollege Haider regt sich auch darüber auf, daß man vom Gürtlertarif spricht, wahrscheinlich deshalb, weil die Politik der christlichsozialen Regierung und diese Lebensmittel-tarife beschert hat und wir, weil diese Regierungsmethoden die Valutaspekulation ungeschoren läßt auch die horrenden Materialpreise bezahlen müssen. Es sind auch Vergleiche zwischen den Tarifen auf der Eisenbahn und der Straßenbahn angestellt worden. Die Herren haben aber dabei vergessen, daß die Eisenbahntarife ab 1. Dezember um 200%, die Straßenbahntarife aber ab 8. Dezember nur um 100% erhöht werden. Sie haben also Unglück gehabt mit dieser Gegenüberstellung, wie sie überhaupt mit ihren heutigen Ausführungen sich ungemein schwer getan haben. Kollege Vaugoin hat gemeint, daß unter unserer Herrschaft in einem Jahre 5 Tarifierhöhungen erfolgt sind, während die Christlichsozialen in 15 Jahren 5 Tarifierhöhungen vorgenommen haben. Was soll diese Gegenüberstellung besagen? Wir müssen uns doch erinnern, wie die Wirtschaftsverhältnisse damals waren und wie sie heute sind. Ein solcher Vergleich erscheint mir als ein sehr starkes Stück und mehr zum Fenster hinausgesprochen.

G.R. Täubler (Soz.-Dem.): Die Christlichsozialen haben alle 5 Jahre die Löhne erhöht und wir in einem Jahre fünf mal.

G.R. Weigl: Im Jahre 1914 ist bei der Straßenbahn ein Taglohn von 3 K bezahlt worden und dieser Taglohn war bis zum Jahre 1917 aufrecht geblieben. (Zahlreiche Zwischenrufe. G.R. Rummelhardt: Das sind heute 3000 K und was gebt Ihr heute?) Im Jahre 1918, also zu Ende des Krieges, bestand noch ein Taglohn von 5 K. Und während der Kriegszeit bis April 1916 erhielten die Straßenbahner die kolossale Teuerungszulage von 3 K per Monat. In den folgenden Jahren wurden 140 - 300 K jährliche Teuerungszulage gezahlt. Auch im ersten Halbjahr 1918 betrug die Teuerungszulage 60 K monatlich. Wenn wir diese Verhältnisse betrachten, dann kommen wir zu dem Resultat, daß die Bezahlung der Straßenbahner unter der christlichsozialen Herrschaft unter Null war. Wie kann Kollege Haider da behaupten, daß die damaligen Löhne besser waren wie heute. Was die Anträge auf Einführung eines Zonentarifes betrifft, so ist darauf zu verweisen, daß gerade die Arbeiter die längeren Strecken befahren und sohin mehr zahlen müßten, als nach unseren jetzigen Vorschlägen. Sie würden durch den Zonentarif also am meisten belastet. Die Schaffner könnten auch Herrn Kollegen Haider sagen, daß sie nicht in der Lage wären bei Geltung des Zonentarifs die Arbeit zu bewältigen. Sie könnten auf 2 Teilstrecken das Fahrgeld nicht ordnungsgemäß einkassieren und dadurch käme die Straßenbahn zu großem Schaden. Redner bespricht dann den Abbau der Kinderzulagen und die Änderung in der Auszahlung in der Weihnachtsremuneration und erklärt, daß er sich dem Antrage akkomotiere, diese Remuneration schon am 15. Dezember auszuführen. Er sei der Ueberzeugung, daß die abgeschlossene Vereinbarung ermöglichen werde, den Straßenbahnern in der tristen Zeit das Durchkommen zu erleichtern. Man müsse konstatieren, daß in schwierigen Zeiten unter schwierigen Verhältnissen gelungen ist, die Straßenbahnangestellten nach Möglichkeit zufrieden zu stellen und daß die Gemeinde Tarife schaffen konnte, mit denen das Gleichgewicht im Haushalte der Straßenbahn annähernd hergestellt wird. Deshalb werden die Sozialdemokraten für die Vorlagen stimmen.

G.R. Kunschak (chr. soz.): Der unmittelbare Vorredner hat Bezug genommen auf unsere Anregungen wegen der Staffelung und sich auf das Wort Zonentarif verbissen. Ich stimme ihm insofern zu, wenn er den seinerzeitigen komplizierten Zonentarif im Auge hat, unser Antrag aber bezweckt in Wahrheit einen Streckentarif, eine Unterteilung der einzelnen direkten Strecken und da auch nur wieder eine Halbierung. Wenn sich die Strassenbahndirektion unfähig erklärt, einen solchen Streckentarif durchzuführen, müßte man sie am nächsten Tage fortschicken, denn dazu braucht man keine Beamten mit Hochschulbildung und auch keinen amtsführenden Stadtrat von der Qualität des jetzigen Vizebürgermeisters Emmerling, damit könnte man auch Ihrem ehemaligen Stadtrat Müller vertrauen (Heiterkeit), denn es handelt sich um eine Einführung, die jeder Strassenbahnschaffner von selbst Handhaben kann. Einen besonders glücklichen Trick glaubte der Vorredner damit gefunden zu haben, daß er die Löhne vor dem Kriege aufzeigte. Jedenfalls war ein Teil der Zuhörer naiv genug, daran besonderen Beifall zu finden. Dem gegenüber konstatiere ich, daß zur Zeit als der Taglohn 3 K betrug, ein Kilogramm Rindfleisch K 1.80 und heute 700 K ausmacht, damals 1 kg Primafett K 2.20, heute 1500 K und die schäbzigste Margarine K 1200 kostet, ein Krügel Bier damals 12 Heller, jetzt 34 K, ein Viertel Wein 20 Heller und jetzt 80 K, u.s.w. Wenn sich mein Vorredner die Mühe nehmen wollte, die Haushaltsrechnungen der Strassenbahner zu studieren, würde er darauf kommen, daß zur Zeit der Dreikronenlöhne die Haushaltsrechnungen günstiger gewesen sind, als jetzt.

G.R. Speiser (Soz.-Dem.)/G.R. Holaubek hat konstatiert, daß von der Erhöhung der Strassenbahneingänge nur ein gewisser Prozentsatz den Strassenbahnein selbst zugute komme. Das ist wohl eine selbstverständliche Sache zu einer Zeit, wo sich nicht nur die Personallöhne sondern auch andere Ausgaben erhöhen. Leider ist es aber richtig, daß gerade in den bürgerlichen Blättern die Erhöhung der Tarife dem Personal aufgelastet wird und ich möchte die Herren der Opposition ersuchen bei ihrer Parteipresse durchzusetzen, daß anlässlich solcher Tarifierhöhungen nicht immer ungerichte Angriffe auf das Personal erhoben werden. Bezüglich der Tragdauer der Kleider handelt es sich nur darum, daß ein guter Mantel jetzt 3 Jahre statt 2 Jahre getragen wird. Damit kann wohl jeder Gemeinderat einverstanden sein. Ebenso handelt es sich bei der Abschaffung der vollständig freien Benützung der gewöhnlichen Schreibmaterialien um eine notwendige Sparmassnahme. Die Abschaffung der Kinderzulage ist aus den freien Willen des Personals hervorgegangen, weil das ein Hinübergehen in die Friedenszustände ist. Ich möchte bitten, daß wir nicht durch Reden, die hier gehalten werden, in dies für die ganze Gemeindeverwaltung nützlichen Beginnen behindert werden. Die Pensionistenfrage wird dem Gemeinderat noch vor Mitte des Monats beschäftigen. Redner schliesst mit den Worten, ich kann nur sagen, daß die Strassenbahnbediensteten aus der Abstimmung sehen werden, wer hier nicht nur für ihre höheren Löhne redet, sondern auch stimmt. Und wenn ich mich auf die Hervorhebung eines Namens aus unserer Mitte durch Herrn G.R. Kunschak, obwohl ich es nicht gerne tue, hier beziehen darf, muß ich sagen, daß das jeder verstehen wird, daß wer für die Löhne stimmt, auch für die Tarife stimmen muß, nicht nur unser Herr Müller, sondern auch der Herr Untermüller.

WB. Emmerling: Herr G.R. Vaugoin hat insbesondere den Vorwurf eines Gürtlertarifes zurückgewiesen, und hat eine Gegenüberstellung zwischen dem Tarife der Staatsbahn

